

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die Interessengemeinschaft zwischen den „besseren“ Arbeitern und ihren Herren.

I.

Zu verschiedenen Malen haben wir bereits Veranlassung genommen, auf eine der bedauerlichsten Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens hinzuweisen, nämlich auf den schmählichen Verrat, den die bessergeleiteten und manchmal auch besserbezahlten Lohnsklaven verüben, wenn ihre Arbeitsbrüder in Mittel und Bluse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Weil diese „erstklassigen Arbeiter infolge mangelnder sozialpolitischer Einsicht und mangels volkswirtschaftlicher Bildung keine Ahnung davon haben, daß sie ebenso gut Ausbeutungsobjekte des Kapitals sind, wie die „gewöhnlichen“ Arbeiter, verbinden sie sich mit ihren Ausbeutern und degradieren sich zu Streikbrechern und Schuppukern, anstatt sich mit ihren Klassengenossen solidarisch zu erklären. Teils aus Dummheit, teils aus hinfelhaftem Hochmut, teils aus krafftem Egoismus fasseln sie von einer Interessengemeinschaft zwischen ihnen und ihren Herren und buhlen um deren Guld und Gnade, während sie die Interessen der anderen Arbeiter mit Füßen treten. Und dann rühmen sich diese Leute noch ihres Verrats und ihrer Knechtlichkeit und merken gar nicht, wie sehr sie sich bei jedem anständigen Menschen blamieren.

Ein ganz charakteristisches Dokument einer hinfelischen, schweißwebedenden Gesinnung ist ein Brief, den die kaufmännischen und technischen Angestellten der Bierbrauereien von Hamburg und Umgegend ihren Arbeitgebern durch die Zeitung zugestellt haben. In dem Schreiben richten sie „in Anbetracht der bedeutenden Verteuerung aller zum Leben notwendigen Bedürfnisse an die maßgebenden Herren Chefs die ganz ergebene Bitte um eine Aufbesserung ihres Gehalts, berechnet nach den in den betreffenden Bierbrauereien verantwortlichen Einstellungen sowie zurückgelegten Dienstjahren. Weihnachten steht vor der Tür und die üblichen Gratifikationen werden vom ersten Buchhalter bis herab zum letzten Kellerarbeiter freudig erwartet und dankend entgegengenommen. Lohnaufbesserungen, welche sich die organisierten Brauer, Handwerker und Arbeiter usw. durch agitatorische Aufwiegelung ihrer resp. Führer erzwingen, finden niemals unsere Anerkennung, und haben wir es bei jedem Streit bewiesen, durch doppelte Arbeitsleistung sowohl wie durch Bekämpfung der irreführten Leute durch Aufklärung ihres unmoralischen Vorgehens, und in zahllosen Fällen haben wir, uns selbst zur Freude und den Bierbrauereien zum Vorteil, gute Erfolge erzielt. Im nächsten Jahre wird voraussichtlich wieder der Lohnkampf der sozialistischen Brauer, Handwerker, Arbeiter usw. entbrennen, wir jedoch halten treu zu unsern Chefs. Somit hoffen wir alle, keine Fehlbitte zu tun, gestützt auf den erfreulichen Aufschwung der Bierbrauereien im verflossenen Geschäftsjahre, welcher durch Neueinführung des Flaschenpfandes und Erhöhung der Bierpreise einer gesunden, herzerfreuenden Weiterentwicklung entgegensteht. Gute Ausaat auf fruchtbaren Boden bedingt doppelte Ernte.“

In einer geradezu unbegreiflichen Verblendung rühmen sich diese Jammerkerle noch ihrer streikbrecherischen Tätigkeit und stellen eine gleiche Dummerei bei der nächsten Gelegenheit wieder in Aussicht. Sie sprechen von „irreführten Leuten“ und sind doch selbst dumme Kerle, sie reden von einem „unmoralischen Vorgehen“ der streikenden Arbeiter und handeln doch selbst wie vollendete Schurken. Da versteht man die scharfen Worte, die das Organ der Brauereiarbeiter an die Veröffentlichung dieses Briefes knüpft, indem es schreibt: „Was uns an dem Bittelbriefe zunächst auffällt, ist das Schweißwebedeln gegenüber den „berechnlichen Herren Vorständen, Direktoren und Braumeistern“. Jedweder Zug von Mannhaftigkeit

und Selbstbewußtsein fehlt, und an dessen Stelle ist eine elende Kriecherei getreten. Man fordert nicht sein gutes Recht, wie es Männern geziemt, sondern man bittet um Wohltaten und Gnade; in geradezu widerlicher Weise verhimmelt man die Weihnachtsgatifikationen, die „vom ersten Buchhalter bis herab zum letzten Kellerarbeiter freudig erwartet und dankend entgegengenommen werden“, ohne daran zu denken, daß diese Gratifikationen weiter nichts sind, als ein Teil des sauer verdienten Arbeitslohnes. Während jeder halbwegs aufgeklärte Arbeiter längst weiß, daß diese Gratifikationen weiter keinen Zweck haben, als die kapitalistische Ausbeutung mit einem christlichen Mäntelchen zu bekleiden, während jeder anständige Arbeiter dieses Trinkgelberunwesen bekämpft, indem er einen anständigen Lohn fordert und auf hingeworfene Gnadenbroden verzichtet, kammeln diese bessergeleiteten Arbeiter ihren heißen Dank für die Wohltaten des Kapitals. Entsprechend dieser alleruntertänigsten Gesinnung verachten die Brieffschreiber auch die Lohnaufbesserungen, die sich die organisierten Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen erringen. Ganz erklärlich! Wie sollten auch solche Jammerkerle dazu kommen, um eine Besserstellung zu kämpfen, die nur auf die Gnade der Unternehmer hoffen und sich auf den Bettel in der widrigsten Form, zur Verbesserung der Verhältnisse, verlegen. Aber zurückweisen wollen wir die Behauptung, daß die Lohnkämpfe der Brauereiarbeiter ein Produkt agitatorischer Aufwiegelung durch die Führer seien. Die Arbeiter brauchen gar nicht erst aufgewiegelt zu werden, sie fühlen selbst die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und gelangen dadurch ganz naturgemäß zu dem Bestreben, sich durch einen höheren Lohn einen Ausgleich zu schaffen für die höheren Lebensmittelpreise. Dieses Bestreben bringen sie in manufakter Weise zum Ausdruck, indem sie die Lohnaufbesserung fordern und eventuelle Anträge stellen, die um eine Lohnaufbesserung gehen. Die Arbeiter preisen deshalb auf die „Anerkennung“ der Bittelbrieffschreiber und weisen den Vorwurf, daß sie irreführten Leute seien und sich eines unmoralischen Vorgehens schuldig gemacht hätten, zurück, sie danken auch für die Aufklärung durch solche Elemente, die sich rühmen, die Bestrebungen der Streikenden zu nichte gemacht und „uns selbst zur Freude und den Bierbrauereien zum Vorteile“ auch Erfolge erzielt zu haben. Es ist kaum verständlich, daß diese Herren, kaufmännische und technische Angestellte, die doch selbst von einer bedeutenden Verteuerung aller zum Leben notwendigen Bedürfnisse sprechen, den Arbeitern jegliche Lohnaufbesserung mißgönnen, während sie selbst um eine solche betteln.“

Und das Resultat der „Lohnbewegung“ dieser Bittelbrüder ist, daß sie mit langer Nase abziehen mußten, während die „irreführten Arbeiter“ einen Tarif mit wesentlichen Vorteilen errungen haben. O Ironie des Schicksals! O Dankbarkeit der Kapitalisten!

Auch noch an einem anderen Beispiele aus jüngster Zeit kann man die Dankbarkeit der Unternehmer und die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und „besseren“ Arbeit beobachten. Bekanntlich haben die Angestellten der Allgemeinen Elektrizitätswerke in Berlin Streikbrecherdienste verrichtet, als ihre Arbeitsbrüder in Mittel und Bluse um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpften. Diese feinen Streikbrecher haben damals ein Anerkennungs-schreiben der Direktion bekommen, worin es hieß, daß sie sich „mit Hingebung in den Dienst der guten Sache gestellt hätten“. (Gute Sache — ist sehr gut!) Und dann führen die Brieffschreiber fort: „Wir gedenken mit Genehmigung der werktätigen Unterthänigen, die Sie unter ungewohnten und schwierigen Verhältnissen uns geleistet haben, denn die Aufrechterhaltung des Betriebes und Wertes hat nicht nur dazu beigetragen, die an den Vorgängen unbeteiligte Berliner Bürgerschaft vor Nachteilen zu bewahren, sie legt weit über die Grenzen dieser Stadt hinaus Zeugnis ab für den vortrefflichen Geist und die hochzu schätzende Gesinnung, die in den Kreisen der in der elektrischen Industrie tätigen Beamten herrschen. Mit Vergnügen nehmen wir deshalb

Anlaß, Ihnen unsere Anerkennung und unseren Dank hiermit auszusprechen.“

Leider können sich die Herren Streikbrecher für diesen Dank und diese Anerkennung nichts kaufen und zu ihrem Leidwesen mußten sie erfahren, daß die Kapitalisten allerdings sehr sparsam, wenn es sich um Laten handelt. Vor einiger Zeit haben nämlich die Angestellten der Elektrizitätsgesellschaft um eine Gehaltsaufbesserung, die sie folgenberechtigt begründeten: „Seit längerer Zeit leiden wir unter einer gewaltigen Teuerung aller Lebensbedürfnisse. Unter diesen Umständen wird es uns mit wenigen Ausnahmen auf die Dauer fast unmöglich, mit unseren bisherigen Gehältern auszukommen. Viele Angestellte sind schon jetzt in eine so drückende Lebenslage versetzt worden, daß in kurzer Zeit eine Beeinträchtigung ihrer Berufstüchtigkeit befürchtet werden muß.“ Dieser Notschrei der „Herren mit kapitalistischer Gesinnung und proletarischem Geldbeutel“ fand bei der Geschäftsleitung taube Ohren. Die Bitte um Gehaltserhöhung wurde rundweg abgelehnt und um dieser Hartherzigkeit die Krone aufzusetzen, erklärte die Direktion am Schluß ihres Antwortschreibens mit schneidendem Hohn: „Wir wünschen nicht, mit einem unzufriedenen Personal in der Beamtschaft unserer Gesellschaft zusammenzuarbeiten und sind deshalb bereit, Kündigungen unter Verzicht auf entgegengesetzte Anstellungsbestimmungen bis zum Jahreschluß entgegenzunehmen.“

So also sieht der Dank der Direktion in der Praxis aus. Das also ist die Anerkennung dafür, daß die Angestellten sich mit Hingebung in den Dienst der guten Sache gestellt haben. Die gute Sache ist offenbar das Geldsacks-Interesse der Kapitalisten und die Hingebung ist weiter nichts als eine Dummheit der Proletarier besserer Sorte. Um das Maß der Demütigung voll zu machen, erklärte Direktor Hirschberg die sämtlichen Unterzeichner der Bittschrift für große Dofen und Gel. Und die Herren Angestellten nahmen auch diese Titulaturen mit Hingebung und Gehuld entgegen, ohne eine Miene zu verzieren. Hoffentlich werden auch diesen rückständigen aller Proletarier endlich einmal die Augen aufgehen und sie werden einen Begriff davon bekommen, was es mit der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit für eine Bewandnis hat. Diese Interessensharmonte, die man in der Theorie verhimmelt, bedeutet in der Praxis weiter nichts als Kapitalanhäufung auf der einen Seite und Fußritte für die Arbeiter.

Auf, Kollegen, schließt die Reihen!

Frühzeitig müssen dies Jahr unsere Kollegen auf dem Plan erscheinen. Der heiß tobende Wahlkampf bedingt einerseits ihr energisches Eingreifen zu Gunsten der Arbeiterbewegung und andererseits nehmen die Vorbereitungen zur Stellungnahme zur kommenden Generalversammlung sie in Anspruch. Überall lobende Begeisterung und siegesfreudiger Kampfesmut. Aber auch auf der Gegenseite rührt es sich.

Kampfesstimung macht sich überall in den Kreisen der Arbeitgeber zeitig bemerkbar. Man braucht nur die verschiedenen Unternehmerblätter in die Hand zu nehmen, um daraus entnehmen zu können, wie eifrig allerseits das ganze Schwergewicht auf eine festgelebte Arbeitgeberorganisation durch das ganze deutsche Reich gerichtet wird. Nicht nur die Gehülfen, auch die Meister haben jahrelang dem Schlaf des Gerechten geschlafen und unfröhlich wurden durch solche Indifferenz die Preise für die verschiedenen Arbeiten gedrückt, die Konkurrenz machte sich überall in der schärfsten Weise geltend und bekannt ist nur zu gut, wie auf diese Weise jegliches Kollegialitätsgefühl, jegliche Solidarität, zum Teufel ging. Wenn nun auch mancher Kollege unter uns dazu kommen sollte, zu sagen: Was geht denn uns Gehülfen es an, wenn sich die Meister gegenständig auf das bestmögliche bekämpfen und sich die Arbeit unter den schmählichsten Bedingungen wegknappen, mögen sie sich nur gegenseitig auffressen, uns kann es nur recht sein, je schlimmer sie es so treiben? — Das mag vielleicht für diejenigen verständlich sein, die sich bloß um das eigene Fach kümmern, denen es im übrigen sonst ganz schnuppe ist, ob unser Beruf noch mehr auf den Hund kommt oder nicht. Dies ist aber ein vollständig verkehrter Standpunkt. Wir streben innerhalb unserer Organisation in erster Linie da-

nach, unsere wirtschaftlich und sozialen Verhältnisse zu verbessern. Durchgängig sind die Lohnverhältnisse in unserm Gewerbe in Deutschland gegenüber dem übrigen Bauarbeitern die schlechtesten, dazu kommt, daß im Durchschnitt unsere Kollegen noch am meisten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Gewiß tragen außer sonstigen Faktoren die Arbeitgeber selbst einen großen Teil Schuld an solchen mißlichen Verhältnissen und traurigen Zuständen innerhalb des Gewerbes. Die schweren Lohnkämpfe in den letzten paar Jahren sind treffende Beweise dafür, mit welcher Rücksichtslosigkeit, mit welchem Egoismus und mit welcher Einsichtslosigkeit unter den Arbeitgebern wir zu rechnen haben. Um 1 und 2 wegen mehr Lohn ließen sie es zu wochenlangen Streiks kommen, nur um sich in dem dunkelhaften Herrenhandpunkte wiegen zu können: „Wir bestimmen, wir wollen die Herren unserer Werkstatt bleiben.“ Nun, auch diese Sorte Arbeitgeber dürfte aus den bisherigen Kämpfen so manchen Dämpfer bekommen haben.

Wünschen wir aber eine ständig emporsteigende Verbesserung unserer Lage und kämpfen wir dafür mit allen Kräften unserer Organisation, so kann es uns sicherlich nicht gleichgültig sein, ob das Gewerbe durch Schmutzkonkurrenz, durch weitere Herabdrückung der Preise aufs tiefste geschädigt wird. Wir haben genügend Beispiele dafür, wie weit es in dieser Beziehung getrieben wird, wo keine geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen und können überall konstatieren, daß in all diesen Orten in allererster Linie unsere eigenen Kollegen die Hauptleidtragenden sind. Aus ihren Knochen suchen die berüchtigsten Submissionshyänen noch ihren Vorteil herauszuschinden.

Nur, wo sich beiderseits starke und mächtige Organisationen gegenüberstehen, sich gegenseitig anerkennen und bestrebt sind, tarifliche Vereinbarungen zu treffen, die beiden Parteien Rechnung tragen, kann auf eine Hebung des Gewerbes im allgemeinen Interesse gerechnet werden. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber, nachdem sie einmal den Wert der Organisation erkannt haben, diese mit allen Mitteln auszubauen suchen und wir begreifen es wohl, wenn in einem Artikel der „Südd. Malerzeitung“ über den Wert der beruflichen Organisation der Malermeister H. Vogt in Freiburg, zum Schluß ausführt:

„Die (Berufs-) Organisationen, heißen sie wie sie wollen, haben einen sehr großen Wert, wenn man das, was sie bieten, erkennen und verwerten will. Sie haben zunächst das Gute, daß sie die Berufskollegen zusammenführen, und wenn sich dieselben daran gewöhnen, in sich gegenseitig in erster Linie den Kollegen zu sehen, dann wird es möglich sein, auch viel zur Verbesserung der Verhältnisse beizutragen. Und Kampf, Kampf, das wird von nun an stets das Lösungswort des Handwerks bleiben; immer und immer wieder werden naturgemäß die Arbeitnehmer an uns mit Forderungen herantreten und wir werden immer wieder bewilligen müssen, und bloß über das Wieviel wird jedes Mal die beiderseitige Machtentfaltung entscheiden und gerade darin liegt der Wert, aber auch die absolute Notwendigkeit der beruflichen Organisation.“

Eine „Propagandaverammlung“ für die weitere Gründung von Arbeitgeberverbänden haben die Vorstände der Maler-, Glaser- und Anstreichermeister in Viefelsfeld, Herford, Deynhausen und Umgegend zum 6. Jan. nach Herford einberufen. 300 Meister aus dem nördlichen Westfalen, Lippe-Deimold und Lippe-Schaumburg, Ost- und Rheine kamen auch, wie uns berichtet wird, dem Mufe nach, um über die Gründung eines Arbeitgeberverbandes im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe zu beraten. Herr Malermeister Bonin-Viefelsfeld erstattete ein Referat über die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes, in dem er ausführte, daß in wirtschaftlicher Beziehung kein Stand jetzt so schlecht dastünde, wie der Handwerker-, der Mittelstand überhaupt und daß für alle niederen Stände mehr getan würde, als für den Handwerkerstand. Dieser frunkte aber auch aus sich heraus an verschiedenem Uebel, die andere Stände längst über Bord geworfen. Kleinliches Wesen, Neid und Mißgunst, geringes Vertrauen gegenfeitig, sei es, daß das Leben des Handwerkers vorsehe. Die Zeiten seien andere geworden; der Lehrling und Geselle spreche nicht mehr mit Hochachtung von dem Meister, der nach den Ausprüchen der organisierten Gehilfenschaft nur noch der Ausbeuter, der elende Kranker sei. Die Gehilfenschaft habe das Recht, höhere Löhne zu fordern und zu verdienen, um den Ansprüchen gerecht zu werden, die das Leben an sie stelle. Aber der Meister könne nur dann höhere Löhne zahlen, wenn er selbst mehr verdiene. Ein Zusammenschluß der Meister als Arbeitgeber sei daher unbedingt erforderlich und z. B. bilde die gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen das glänzendste Beispiel. Von Seiten der Arbeitgeber gelte jedoch nichts. Die Löhne seien in den letzten Jahrzehnten um 60 Prozent gestiegen, die Kosten der sozialen Gesehgebung lasteten schwer auf den Schultern der Handwerker, die verteuerte Lebenshaltung treffe den Meister ebenso wie den Gehilfen und doch würden die Einnahmen nicht größer. Während alle anderen Stände sich zusammengeschlossen hätten, um gemeinsam vorzugehen, herrsche im Malergewerbe noch Uneinigkeit. Der Staat allein könne nicht helfen. Redner ermahnt zum festen Zusammenschluß zum Wohle aller Kollegen.

Malermeister Hansen-Hamburg sprach darauf über das Thema: „Warum gründen wir Arbeitgeberverbände?“ Als Vorsitzender des Bundes Norddeutscher Maler- und Lackiermeister legt Redner an Beispielen dar, wie nützlich Arbeitgeberverbände auch im Malergewerbe gewirkt hätten. Der geschlossenen Organisation der Gehilfenschaft müsse eine solche der Handwerksmeister entgegengesetzt werden, die jedoch niemals die Offensive ergreifen, sondern nur in der Defensive sich bewegen dürfe. Die Anschauung derer um Mannmann und Barth, daß friedliche Lösung aller Fragen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber möglich sei, sei unrichtig, daß habe die Erfahrung gelehrt, zumal wenn, wie jetzt, die organisierte Gehilfenschaft im sozialdemokratischen Fahrwasser legele. Die Sozialdemokratie predigt täglich, daß sie der Lohndruck der bürgerlichen Gesellschaft sei, der Handwerkerstand hätte jedoch die Pflicht, die bürgerliche Gesellschaft zu erhalten. Der bestehende Arbeitgeberverband habe bereits in Abwendung unbegründeter Streiks gegendreich gewirkt. Die Lösung der Streitfragen, die das Gewerbe sehr heunruhigen, erblickt Redner in der Einführung von Tarifverträgen, in denen den Arbeitern ein Minimallohn garantiert würde. Lohnstarife brächten die Schraube ohne Ende zum Stillstand. Lohnstarife bildeten einen Ausgleich zwischen Groß- und Kleinbetrieben in den wirtschaftlichen Gegenjahren. Mit einem warmen Appell ruht Redner zum Zusammenschluß. Beide Vorträge fanden lebhaften Beifall.

Zu der Diskussion führte der Verbandsvorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Innungsverbandes, Herr Ober-

Düsseldorfer, aus, daß die Minderleistungen der Innungsverbände, die im ganzen Segensreich gewirkt hätten, viel auf das Konto der Laubheit der Kollegen zu setzen seien. Wenn Arbeitgeberverbände gegründet würden und nachher keine Unterstützung fänden, so würden sie ebenfalls keinen Erfolg haben. Innungen und Arbeitgeberverbände müßten zusammengehen. Malermeister Verres-Düsseldorf spricht sich ebenfalls für Gründung der Arbeitgeberverbände aus, bekämpft jedoch, wie es von diesem Herrn nicht anders zu erwarten ist, den Abschluß der Tarifverträge, da das Prinzip, Arbeiter nach Leistungen zu bezahlen, aufrecht erhalten werden müsse, auch bis jetzt die Organisationen für Vertragsbruch noch nicht haßbar seien. Herr Handwerkskammersekretär Sackmann-Viefelsfeld widerspricht der Auffassung, daß die Innungen sich nicht mit der Lösung wirtschaftlicher Fragen befassen dürften. Dieses Recht sei ihnen gesetzlich eingeräumt, allerdings können gegen widerstrebende Mitglieder keine Konventionalstrafen verhängt werden. Redner führt die traurige Lage des Handwerkerstandes aus den schlechten Kalkulationen in den Handwerksbetrieben zurück, die teilweise mit Schaben arbeiteten, dies zeige sich bei der Submissionen. Redner erachtet es als Pflicht der Innungen, die Gründung von Arbeitgeberverbänden zu fördern. Diese dürften jedoch die Organisationen der Gehilfen nicht mißgönnen, sondern nur lediglich deren „Auswüchse“ bekämpfen. Auch hier gelte das Wort: Wer den Frieden will, rüste zum Kriege. (Von Auswüchsen der Arbeitgeberverbände scheint der Herr wohl noch nichts zu wissen.) Herr Malermeister Oberakti-Rheine stimmt ebenfalls der Gründung von Arbeitgeberverbänden zu. Vor zwei Jahren habe er als Gehilfe noch in der Gehilfenschaft für die Organisation gekämpft, jetzt als Meister finde er, daß die Organisation den Meistern bitter nötig tue, um die Löhne bezahlen zu können. Auch sollten nur die tüchtigsten Meister den Innungsauswüchsen zugewählt werden, wie dies bei den Gehilfen bereits der Fall sei. Herr Wehmeier-Viefelsfeld spricht sich für Tarifvertrag aus. Nach einem Schlußwort der beiden Referenten ermahnt der Vorsitzende die Versammlung nochmals zum engen Zusammenschluß und zur Gründung von Arbeitgeberverbänden, in allen Städten und schloß nach vierstündiger Verhandlung die Versammlung.

Die Kollegen sehen also, wie die Arbeitgeber emsig an der Arbeit sind, ihre Reihen zu stärken, die Schläfrigen aufzurütteln, um die Vorbedingungen zu einem großen gemeinsamen Verband zu erfüllen. Diese Entwicklung kann keinen von uns mehr überraschen, der aufmerksam die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe verfolgt hat. Immer mehr werden sich die Arbeitgeber zu Verbänden zusammenschließen, in denen die Verhältnisse nicht mehr nach Wunsch und Belieben von jedem einzelnen, sondern von der Gesamtheit nach einheitlichem Willen geregelt werden. So entstehen überall die neuen Verbände, die untereinander durch Vertragsverhältnis in Verbindung stehen.

Das ist ein gebieterisches Zeichen für uns, noch fester zusammenzuhalten wie bisher, die fehlenden Lücken bis auf den letzten Mann auszufüllen. In der Einigkeit liegt unsere Stärke! Wenn auch noch zur jetzigen Winterzeit das geistliche Leben im Gewerbe stockt, so darf doch die Tätigkeit für unser höchstes Gut, für unsere Organisation, auch nicht einen Augenblick erlahmen. Nur durch fortwährendes Agitieren und Organisieren haben wir Jahr für Jahr Fortschritte erzielt, keine Gelegenheit darf vorübergehen, ohne sie durch Aufklärung, Erziehung und Disziplinierung der Kollegen auszunützen. Das ist der einzige Weg, uns nicht überflügeln zu lassen von der Organisationsstärke der Arbeitgeber; was an uns liegt, so werden wir alles einsetzen, um dies Ziel je eher desto lieber zu erreichen.

Zur Streikunterstützung.

In der letzten Nummer des V.-M. hat der Vorstand betriebs der Streikunterstützung eine Veränderung getroffen. Wie es wohl wohl, nachdem der Vorstand beschlossen hat, sich an die Arbeit zu machen, so hat er auch die Tätigkeit für unser höchstes Gut, für unsere Organisation, auch nicht einen Augenblick erlahmen. Nur durch fortwährendes Agitieren und Organisieren haben wir Jahr für Jahr Fortschritte erzielt, keine Gelegenheit darf vorübergehen, ohne sie durch Aufklärung, Erziehung und Disziplinierung der Kollegen auszunützen. Das ist der einzige Weg, uns nicht überflügeln zu lassen von der Organisationsstärke der Arbeitgeber; was an uns liegt, so werden wir alles einsetzen, um dies Ziel je eher desto lieber zu erreichen.

Dieser Beschluß kommt zu gelegener Zeit; gerade jetzt, wo unsere Kollegen die Wahlen zu den Filialverwaltungen vorzunehmen haben und in den Versammlungen zur kommenden Generalversammlung Stellung genommen wird, ist die beste Gelegenheit gegeben, auf die Beachtung der neuen Bestimmungen hinzuweisen.

Die Notwendigkeit zu diesem Schritt lag schon längst durch die gemachten Erfahrungen vor. Es hat innerhalb unserer Vereinigung seit den letzten großen Kampffahren nicht an der nötigen Aufklärungs- und Werbearbeit gefehlt. Wir erinnern nur an die systematische Vornahme der Hausagitation, an die regelmäßige Verteilung der Agitations- und Propagandachriften des Vorstandes an die Indifferenten, an die Durchführung des Werstellen-systems, dessen Ausbau, um ständig und sicher zu funktionieren, nie außer acht gelassen werden darf. Unermüßlich wurde und wird stets von Tausenden unserer Kollegen die Agitation von Mund zu Mund, wo sich nur immer die Gelegenheit hierzu bietet, betrieben, um fortgesetzt unsere Reihen zu stärken und die noch Fernstehenden und Zaudernden in der Zeit der heftigsten Kampffahren an ihre Arbeitstehre, an ihr Pflichtgefühl zu erinnern. Es gibt keinen Ort in Deutschland mehr, wo der Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! noch nicht geklungen wäre. In den Jahren von 1900—1905 haben allein über 90 000 Neuaufnahmen stattgefunden, an den gewaltigen Kämpfen innerhalb unseres Gewerbes haben in der gleichen Zeit über 30 000 Kollegen teilgenommen und trotzdem haben wir noch mit einem so großen Heer fauler Köpfe, von lauen und gleichgültigen Elementen zu rechnen, die noch nicht durch die Macht der Verhältnisse aus ihrer Letzbarkeit aufgerüttelt wurden, um endlich erkennen zu lernen, daß es so nicht

weiter gehen kann und ihr Platz bei ihren organisierten Kollegen ist!

Doch ändert sich das Bild sogleich, wenn in einem Orte Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung getroffen werden. Da kommen von allen Seiten die „neuen Gesichter“ zum Vorschein und es ist nichts Seltenes, daß sie gerade den Mund am weitesten aufreißen. Der größte Teil tritt auch der Organisation bei und wir gehen sicherlich nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß dies nicht aus Ueberzeugung, aus Pflichtgefühl, aus Solidarität geschieht, sondern in allererster Linie aus persönlichem Interesse, um sich die Unterstützung im Falle eines Streiks zu sichern. Nach Beendigung der Lohnbewegung verschwinden diese unsicheren Kantontisten ebenso schnell wieder wie sie gekommen sind, nur außerordentlich wenige Fälle können wir verzeichnen, wo dies nicht eingetroffen ist.

Daß die Zahl der Neueintretenden in Zeiten der Lohnkämpfe eine ganz enorme ist, soll zahlenmäßig nur aus einem Jahr nachgewiesen werden und zwar nach der letzten fertig vorliegenden Streikabrechnung von 1905. Danach betrug die Zahl der freitretenden Kollegen insgesamt 10 149. Unterstützung erhielten 6885 Kollegen 199 212,95 M. Ueber die Organisationszugehörigkeit der Unterstützten ist folgendes festgestellt:

Wenn Ausbruch des Streiks gehörten der Organisation an			
unter 13 Wochen		3327	Kollegen
13—52		1178	„
52—104		799	„
über 104		1581	„
		6885	Kollegen

Also fast die Hälfte aller freitretenden Kollegen, rund 48,32 Proz., war erst kurz vor oder bei Beginn des Kampfes in die Organisation eingetreten. Und dies höchst bedauerliche Moment ist durchschnittlich alljährlich wahrzunehmen und zeigt, welche Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist und welche Vorsicht bei Proklamierung eines Streiks obwalten muß. Auch in andern deutschen Gewerkschaften tritt diese Skalaunität hervor, man braucht nur die verschiedenen Streikreglements zu vergleichen, um zu ersehen, welcherlei Maßnahmen betr. der Unterstützung der eben erst beigetretenen oder Unorganisierten bei Ausständen getroffen worden sind.

Doch immer und immer wieder hat sich bei den Kämpfen gezeigt, daß in der Theorie diese Maßnahmen sehr richtig sein mögen, aber gegen die Macht der Tatsachen nicht standhalten, selbst wenn auch die Reglements jegliche Unterstützung unterlagen. Die Unterstüßungsfrage der Nichtbezugsberechtigten spielt eben bei allen Lohnkämpfen und Ausperrungen eine große Rolle, die Leiter von Streiks haben hierüber reichlich Erfahrung gesammelt. Wir wissen alle nur zu gut, welches Maß von Ueberwindung es erst kostete, solche Leute zu unterstützen. So manchen Kollegen, die seit Jahren in der Organisation treu zur Fahne hielten, denen kein Opfer zu schwer wurde zum Wohle des Ganzen, war es schwer ums Herz, wenn sie sehen mußten, wie die Drückeberger, die bisher keinen Handschlag um das Gedehen der Organisation verrichtet, keinen Groschen geopfert, oft sogar noch Gegenagitation betrieben haben, die gleiche Unterstützung erhalten wie die alten Mitglieder.

Von diesem Standpunkte aus ist die Anordnung des Vorstandes nur zu begrüßen. Auch dürfte damit ein Hinweis für die Mitglieder gegeben sein, etwaige reformierende Anträge vor die Generalversammlung zu bringen, die sich in dem Bestreben einig sind, mit allen Mitteln und Kräften die Organisation dahin zu bringen, daß die Reihen rechtzeitig und vollständig geschlossen dastehen. Die Grundsätze „gleiches Recht“ und „gleiche Pflichten“ können und sollen dazu beitragen, um die Organisation zu stärken.

Lohnbewegung.

Gesperrt sind die Werkstellen der Malermeister Weber in Tilsit und Heinemann in Wollfenbüttel.

Die Ausperrung in der Berliner Holzindustrie ist am 1. Januar 1906 erfolgt. Durch die Ausperrung sind 10 000 Holzarbeiter in Berlin, die als Maler und Glaser in der Holzindustrie tätig sind, in Mitleidenschaft gezogen. Bezug von Holzarbeitern nach Berlin ist streng fernzuhalten!

Aus unserem Berufe.

+ Arbeitslosenstatistik der Filiale Frankfurt a. M. für den Monat November 1906.

Zahl der Befragten	Zahl der Arbeitslosen	Ausgefallene Arbeitstage		Tage auf pro Kopf der Befragten	Lohnverlust pro Tag	Lohnverlust wegen		Gesamt-Lohnverlust
		infolge Arbeitsmangels	Stramtheit			Arbeitsmangel	Stramtheit	
1241	220	3991	3103	888	3,02	18,01	3,97	12163,76
								3680,96
								15844,72

Jahresbericht der Filiale Duisburg.

Eine Uebersicht auf das vergangene Jahr läßt uns mit guter Hoffnung in die Zukunft blicken. Sie zeigt, daß unsere Erwartung für das kommende Frühjahr nicht im Sande verlaufen wird. Wenn wir die Mitgliederbewegung uns vor Augen führen und sehen, daß die meisten Neuaufnahmen im letzten Quartal, also im Winter, gemacht wurden, finden wir bestätigt, daß unser Bemühen nicht umsonst war, und wenn früher einmal ein Kollege unüberlegt sagte: „Es hat doch keinen Zweck“, so wird ihn dieses wohl eines besseren belehrt haben. Gewiß muß unsere Filiale noch stärker werden, denn das Wachen des Arbeitgeber-Schutzverbandes in letzter Zeit sollte doch auch den letzten Indifferenten zu uns führen. Doch wir wollen an dem gesunden Verstand dieser Leute nicht zweifeln und hoffen, daß auch sie möglichst bald zur Erkenntnis kommen werden. Manche von den älteren Kollegen — sie haben vielleicht einen Posten als „Vor“-Arbeiter oder sonst eine „feine“ Stellung — meinen, wenn sie ein paar Pfennige die Stunde mehr verdienen als ihre Kollegen oder zu Weib- und Kindern eine Gratifikation bekommen haben, oder vielleicht auch, wie bei der Firma Gieseler nach Möglichkeit „rentabler“ Arbeit eine Extravurst oder Summe Geldes bekommen, sie hätten zur Verbesserung ihrer Lebenslage keine Veranlassung. Viele bedenken aber nicht, daß wenn sie helfen würden, die unteren Löhne zu festen Minimalätzen zu

bringen, ihre hohen Löhne auch noch steigen würden, d. h. wenn sie sie durch ihre Arbeit und nicht durch sonstiges zweifelhaftes Tun verdient haben. Im allgemeinen sehen ja 99 Prozent der Kollegen ein, daß die Löhne hier am Orte unbedingt einer Regelung unterzogen werden müssen; aber die eigene liebe Person dabei einer „Gefahr“ aussetzen, das ist die „verfluchte“ Sache. Man möchte ernten, aber nicht helfen das Feld bestellen. Doch dieses alles muß für uns Organisierten ein Aushorn sein, in diesem Jahre unser Wollen in Taten umzusetzen. Dieser unser fester Wille ist das Fundament für das Gelingen unseres Vorhabens. Es wäre ein großer Fehler von uns, wollten wir die gute Stimmung für unsere Sache in der nächsten Zeit nicht benutzen, denn ein weiteres Aufschieben würde sie vielleicht aufheben. Alle Kollegen haben das Gefühl, daß dieses Jahr unbedingt die Zeit für uns gekommen ist zur Verbesserung unserer Verhältnisse. Doch ist es unbedingt nötig, daß der Vorstand von den Mitgliedern mehr als bisher bei seinen Arbeiten unterstützt wird. Mander Kollege hätte eine Mütze verdient und muß sich sagen: Zu den erreichten Erfolgen habe ich nicht viel oder vielleicht auch nichts beigetragen. Hand aufs Herz, Kollegen, ist es nicht so? Diejenigen, die mithelfen, sind immer dieselben paar unermüdblich Tüchtigen. Dieses muß im neuen Jahre aufhören. Alle müssen mithelfen! Die Zeiten werden immer enger, und je größer unsere Filiale wird, desto mehr Arbeit gibt es, da reichen die bisherigen Kräfte nicht mehr und es wird zur Pflicht eines jeden Mitgliedes, mitzuarbeiten durch Taten, durch seine eigene Persönlichkeit. Wenn man auch mal etwas Wichtiges zu verrichten hat, so muß doch jeder denken, daß die Sorge um die Gewerkschaft nicht minder wichtig ist. Es ist eine hohe Pflicht der „Für-sich-selbst-Sorge“, daß man sich auf gewerkschaftlichem Boden voll und eifrig betätigt. Das ist praktische Arbeit. Und so nehme sich ein jeder im neuen Jahre zum Voratz, von jetzt den Vorstand mehr zu unterstützen und seine Person der guten Sache nützlich zu machen. Vor allem muß jeder eine rege Agitationsfähigkeit entfalten zur Stärkung unserer Reihen. Hoffen wir, daß wir bald wieder über neue Erfolge berichten können, und daß werden wir, wenn jeder die oben angeführten Worte beherzigt!

Jahresbericht der Filiale Heidelberg.

Mit Genehmigung kann die Filiale auf das letzte Jahr zurückblicken und konstatieren, daß ein guter Fortschritt im allgemeinen zu verzeichnen ist. Nicht allein Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sich bedeutend gebessert, auch betreffs des inneren Ausbaues der Organisation ist es vorwärts gegangen. Nachstehende Beitrags-Übersicht zeigt, wie außer dem Jahre 1905, das sehr schlechte Wirtschafslage hatte, die Filiale sich aufgeschwungen hat. Wurden im Jahre 1900: 1728, 1901: 2497, 1902: 2087, 1903: 4215, 1904: 6972, 1905: 5875, so wurden im verfloßenen Jahre 8003 Beiträge geleistet. Der Jahresdurchschnitt an vollzahlenden Mitgliedern ist von 113 auf 154 gestiegen. Während noch vor wenigen Jahren eine zehn- und elfstündige Arbeitszeit herrschte, so ist sie durch die Lohnbewegung 1906 nach einem zweitägigen Streik auf 9 1/2 Stunden reduziert, außerdem der Minimallohn von 30 und 37 auf 38 und 45 \mathcal{M} erhöht worden. Diese Verbesserungen zeigen aufs beste, was durch die Organisation geleistet werden kann.

Die inneren Geschäfte der Filiale wurden in 25 Mitgliederversammlungen und 12 Vorstandssitzungen erledigt; außerdem waren durch die Lohnbewegung drei Lohn- und zwei Schlichtungskommissions-Sitzungen nötig geworden. Wesentliche Versammlungen wurden zwei abgehalten. Nach ist zu bemerken, daß die Klassenverhältnisse gut genannt werden können, doch müssen jedenfalls die Beiträge etwas höher gesetzt werden, um den immer mehr sich heigernden Ausgaben gerecht zu werden.

Auch die seit 1. Januar 1906 an die Filiale angefallene Pahlstelle durchfall entwickelt sich gut; am Schlusse des Jahres zählte sie 18 Mitglieder. Um die Kollegen der Filiale Gelegenheit zu geben, sich etwas vorzubereiten für den Beruf, wurde im Monat November eine Holzmalschule gegründet und dazu eine tüchtige Lehrkraft gewonnen.

Einigermaßen wären nun diese aufgeführten Verbesserungen usw. zu begrüßen, wenn nur die große Faulheit betreffs des Versammlungsbesuches und der Agitation nicht wäre. Kollegen! Da muß unbedingt eine Besserung im neuen Jahre eintreten! Kommt auch endlich auf und erfüllt auch in diesem Punkte eure Pflicht und Schuldigkeit in eurem eigenen Interesse. Trüsch auf für die Gewerkschaftsbewegung!

Jahresbericht der Filiale Stettin.

Ein unglückliches Jahr war 1906, denn die Bautätigkeit ruhte fast völlig gegenüber den vorhergehenden Jahren und nach der neuen polizeilichen Bauordnung vom 1. Jan. 1907, wonach das Bauen sehr erschwert wird, ist auch keine Aussicht vorhanden, daß die kommenden Jahre sich besser gestalten werden. Zu wünschen ist, daß ein Umschwung im Hause eintritt. An der schlechten Konjunktur und den allgemein schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen scheiterte auch unsere Lohnbewegung, trotzdem durch eifrige Agitation es uns gelungen war, den Mitgliederstand auf 475 zu bringen, von 500 bis 600 im Sommer hier anwesenden Kollegen. Zugezogen waren 105, abgereist sind wieder 161; der Mitgliederbestand am Jahresabschluss beträgt 250. Es fanden im Jahre 15 Mitgliederversammlungen, 15 Vorstandssitzungen, 7 mit dem Gehilfenauschuss und 2 Werkstattbelegersitzungen statt.

Auf unseren im Oktober 1905 eingereichten Lohnbarik, in dem die 9stündige Arbeitszeit und 60 \mathcal{M} Stundenlohn gefordert wurde, empfingen wir im Januar 1906 den Beschluß der Innung, der lautete: „In der heutigen Quartalsversammlung lehnte die Innung die Forderung der Gehilfen von 60 \mathcal{M} Stundenlohn ab und setzte die im Juni 1906 bewilligten 40 bis 45 \mathcal{M} fest.“ Dieses „Entgegenkommen“ der Innung wurde stark kritisiert und beschlossen, weil der Gehilfenauschuss nicht zu dieser Versammlung eingeladen war, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen. In dem Schreiben der Innung, in dem es zum Schluß noch heißt: „Wenn der Gehilfenauschuss aber auf die nebenstehenden Forderungen Wert lege, sich dann darüber äußern zu wollen.“

Es war nun ratlos, die Verhandlungen hierüber nicht einzustellen, sondern zu versuchen, die Verhandlungen wieder einzuleiten und zu erklären, daß wir gewillt wären, dann aber über den ganzen Tarif nochmals zu

verhandeln. Nun sollten wir mit neuen Vorschlägen kommen, damit waren aber die Kollegen nicht zufrieden; sie waren der Meinung, daß nunmehr im Guten nichts mehr zu hoffen war. Es sei endlich einmal Zeit, die Lohnverhältnisse hier in Stettin besser zu gestalten.

So wurden wir in einer Versammlung am 6. Mai nochmals erjucht, auf friedlichem Wege Verhandlungen anzubahnen und ein Antrag angenommen, die Forderungen auf 55 \mathcal{M} für Gehilfen, 50 \mathcal{M} für Ausreicher zu stellen bei einer 9 1/2stündigen Arbeitszeit und verlangt die Versammlung von der Innung innerhalb acht Tagen eine Vorstandsitzung und in den nächsten acht Tagen eine Innungsversammlung. Die dann stattgefundenen Verhandlungen mit dem Innungsvorstand hat nichts Wesentliches ergeben, für ältere Gehilfen 48 \mathcal{M} , für jüngere 42 \mathcal{M} pro Stunde; für Ausreicher, die in den letzten drei Jahren nachweislich 21 Monate als solche gearbeitet haben, 40 \mathcal{M} Minimallohn.

Dieses Angebot wollten die Kollegen unter keinen Umständen annehmen und so entschloß sich die Mehrzahl für den Streik. Etliche Kollegen ersuchten, doch erst die Innungsversammlung abzuwarten; aber trotz aller Versuchsgründe, die gegen eine Arbeitsniederlegung sprachen, ließen sich die Kollegen nicht abhalten und stimmten für einen Antrag, am Montag den 13. Mai die Arbeit niederzulegen.

Der Verlauf unseres Streiks ist wohl im allgemeinen bekannt, aber sehr wünschenswert ist, manchen Gehilfen das Verhalten der Arbeitgeber nochmals vor Augen zu führen, bevor sie wieder Helfershelfer der Unterdrücker werden.

Weil keine Einigung durch die Innung mit dem Gehilfenauschuss erzielt werden konnte, ist hier ein Arbeitgeberverband gegründet worden, natürlich unter dem Vor- sitz des Obermeisters der hiesigen Innung Herr Epp; die Herren wollen mit dem Gehilfenauschuss nichts mehr zu tun haben. Am 20. Mai fand eine Verhandlung vor dem Einigungsamt statt. Nach verschiedenen him- falligen Neuierungen des Herrn Epp bequante sich schließlich ein Vertreter der Arbeitgeber auf unsere Forderung soweit einzugehen, daß er meinte, das Wort „Minimallohn“ müsse fallen, weil keine Minimalleistung garantiert werde. Zu Nebrigen aber sei der ganze Streik nur eine Machtprobe, um Verbesserung der Löhne handle es sich gar nicht. Unsere Vertreter begründeten kurz und sachlich an der Hand reichhaltigen Materials unsere Forderungen. Nach langem Hin und Her machten denn auch die Arbeitgeber ein Angebot und zwar für dieses Jahr 48 \mathcal{M} für ältere Gehilfen, 42 \mathcal{M} für Junggehilfen und 40 \mathcal{M} für Ausreicher. Diese Höhe sollen im zweiten Jahr auf 55, 50 und 45 \mathcal{M} erhöht werden. Vertragsdauer bis 31. Dez. 1908. Weiter hinaus dürften sie nicht gehen, das wäre das Höchste, was sie bieten dürften. So beteten die Herren und beriefen sich auf Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes. Das Einigungsamt machte dann einen Vergleichsvorschlag und ging über das Angebot der Arbeitgeber auch nicht einen Teufel hinaus, es wurden die Wünsche der Arbeitgeber durchweg berücksichtigt. Das Wort Minimallohn sollte ersetzt werden durch die Berliner Fassung. Die Akkordarbeit soll nach Möglichkeit vermieden werden. Der Vorschlag für Kapazenauftrieb sollte auch fallen. Und endlich sollte der Tarif, wie die Arbeitgeber es gefordert, auch bis zum 31. Dezember 1908 gelten. Die spezielle Ausarbeitung des Tarifes sollte dann einer von beiden Seiten zu wählenden Kommission übertragen werden. Die Vertreter beider Parteien verpflichteten sich, den von ihnen vertretenen Organisationen diesen Vergleichsvorschlag vorzulegen und dafür zu sorgen, daß derselbe angenommen werde. Unsere Vertreter gaben sich nun alle Mühe, obwohl von unseren Forderungen sehr viel gestrichen war, des lieben Friedens halber den Vergleichsvorschlag oder richtiger das Angebot der Arbeitgeber zur Annahme zu bringen und ihnen auch gelang.

Am 1. Juni wurde die Verhandlung des Verbandes und die Verhandlung der Innung ein. In der letzten Versammlung wurde der Gehilfenauschuss eingeladen. Wir gingen zur Innungsversammlung; anwesend waren dort 82 Mann. Die Meister waren schon in der Versammlung des Verbandes, nur wenige kamen noch hinzu. Der Obermeister verlas den Einigungsvorschlag und sagte: „Meine Herren, so „warm“ wie ich es bereits in der vorigen Versammlung getan, empfehle ich auch jetzt den Vorschlag zur Annahme.“ Kein Wort der Empfehlung zur Annahme hat einer der drei Vertreter dargebracht. Anstatt einer Diskussion entstand ein Geschimpfe auf die Gehilfen. Man hörte aus der Versammlung Neuerungen wie „Wir sollten nur weiterstreiken“. Das Wort wollte uns Herr Epp durchaus nicht erteilen; erst als wir ganz energisch und laut protestierten, denn anders kamen wir in dieser allgemeinen Madauskunftung garnicht mehr zur Geltung, machte Herr Hürtgen seinen Kollegen Epp, daß man ihm einmal den Gehilfen das Wort geben müsse. Der Einigungsvorschlag wurde abgelehnt. 18 Mann stimmten dafür. In der Versammlung des Arbeitgeberverbandes war er ebenfalls abgelehnt worden. Hinterher wurde gleich ein Antrag des Arbeitgeberverbandes der Versammlung unterbreitet und auch angenommen. Nach diesem sollte es in diesem Jahre beim alten bleiben und vom 1. Juni nächsten Jahres bis 31. Dezember 1908 solle für ältere Gehilfen 50 \mathcal{M} , für Gehilfen, die noch nicht über zwei Jahre aus der Lehre sind, 45 \mathcal{M} und für Ausreicher 40 \mathcal{M} gezahlt werden. Dieses Verhalten der Herren richtet sich von selbst. Sollten wir auf dieses Angebot der Herren noch eingehen, dann würden wir uns damit erniedrigen. Man vergegenwärtige sich: Vor dem Einigungsamt machen die Arbeitgeber selbst diese Vorschläge, alle ihre Wünsche werden berücksichtigt und in der Versammlung haben sie kein Wort für ihre eigenen Vorschläge. Gegen solche „Meister“, die darauf eingerichtet waren, weiter zu streiken, das wäre Kraftvergebung. Der Streik wurde unter diesen Umständen fast einstimmig am 2. Juni aufgehoben.

Da die Herren Arbeitgeber die Annahme in unserem Gewerbe nicht recht vertragen können, hätten sie gerne gesehen, daß ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, denn nach wenigen Tagen am 6. Juni ging ein Schreiben zu, in welchem sie uns aufzoderten, den darin bezeichneten Tarif, der lautete vom 1. Juni 1906 bis 1. Juni 1907 für 43, 42, und 40 \mathcal{M} , von 1907 bis 31. Dezember 1908 50, 44 und 40 \mathcal{M} in einer Versammlung zum Abschluß zu bringen. Dieses sonderbare Angebot wollten wir trotzdem nicht abweisen, sondern wollten nochmals zeigen, daß wir

immer noch gewillt seien, in Verhandlungen einzutreten. Der nachstehende Versammlungsbeschluss vom 14. Juni wurde dem Arbeitgeberverband zugefandt: „Die am 14. Juni tagende Mitgliederversammlung der Vereinigung der Maler usw., Verwaltungsstelle Stettin, nimmt Kenntnis von dem neuen Vorschlag des Arbeitgeberverbandes auf Abschluß eines Tarifvertrages; die Versammelten erklären sich nach wie vor bereit, auf Grund des von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes vor dem hiesigen Gewerbegericht gemachten Angebots einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Vorstand der Filiale ist jederzeit bereit, mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Unterhandlung zu treten.“

Zu diesem Beschlusse ging dann am 23. Juni vom Arbeitgeberverband wieder ein Schreiben ein, worin sie nochmals um Abschluß eines Lohntarifes ersuchten; es würden sonst unter Umständen Lohnreduzierungen stattfinden. Wir ließen uns nicht einschrecken, sondern unsere kurze Antwort hierauf war: „Auf Ihr Schreiben vom 23. Juni teilen wir Ihnen mit, daß wir auf Grund Ihrer Vorschläge keinen Tarif abschließen können und werden wir uns weitere Maßnahmen vorbehalten.“ Hierdurch wurden die Verhandlungen zum Stillstand gebracht.

Bei Erörterung der Arbeitslosenunterstützung kam es zu heftigen Debatten über die Vorschläge der Unterstützungsparagrafen. Insbesondere wurde der § 3 einer gründlichen Beurteilung unterzogen. Die Versammlung nahm dagegen Protest.

Von den Bestimmungen des Meißnergesetzes, das am 1. Januar 1906 in Kraft trat, verspürt man sehr wenig. Auf dem Papier sehen die Bestimmungen zum Teil ja sehr gut aus, aber mit ihrer praktischen Durchführung wird es noch lange hapern.

In Stargard ist in diesem Jahre eine Pahlstelle gegründet worden; die Verwaltung derselben hat noch ein reiches Tätigkeitsfeld zu bearbeiten, um die Kollegen aus ihrer Lehrgang anzurücken und den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen.

Wir hoffen nun, daß sich die Ursachen der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1906 in Zukunft besser gestalten werden, um unsere gerechten Forderungen mit Erfolg durchsetzen zu können. Hierzu stehen uns im neuen Jahre noch wichtige Aufgaben gegenüber. Diese zu erfüllen und überall für die Ausbreitung unserer Organisation Sorge zu tragen, muß die Pflicht eines jeden ehrenhaften Kollegen sein. M. B.

Aus Düsseldorf erhalten wir vom Mitgesellen, Kollegen Andreas Barthel, folgendes Schreiben: „In Nr. 1 des B.-M. steht eine Verächtigung bez. des Artikels „Zur Lage in Düsseldorf in Nr. 44 des v. S. Ich muß diese Verächtigung als unwar zurückerweisen, da ich keine Einladung zu einer Vorstandssitzung bekommen habe, weder zur Vorberatung der neuen Innungsrankenkasse, noch zum Innungsschiedsgericht.“

Versammlungsberichte.

Mühlhausen i. G. Die Kollegen werden ersucht, die Fragebogen betr. der Meistarbenverordnung genau auszufüllen und sofort der Verwaltung abzugeben. Bezüglich der Reichstagswahl werden die Kollegen gebeten, sich möglichst geschloßen an den Flugblattverteilungen und auch sonstigen Arbeiten zu beteiligen, die Gründe dafür sind bereits genügend in den letzten Nummern des B.-M. hervorgehoben worden. Verantwortlich ist das geringe Interesse zu vieler Kollegen für die Versammlungen. Auch die letzte Generalversammlung war äußerst schwach besucht, trotzdem die Kollegen alle schriftlich eingeladen waren. Eine solche verberbliche Gleichgültigkeit sollte denn doch unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr zu verzeichnen sein. Wohin wir jetzt blicken, herrscht frohe Kampfstimmung unter der deutschen Arbeiterchaft und da ist es höchste Zeit, daß sich auch unsere Kollegen den Schloß aus den Augen reiben. Helft also mitarbeiten, wo es nur möglich ist, unser Ziel zu erreichen. Mit dem Beitragszahlen allein ist uns nicht geholfen, jeder hat selbst tatkräftig mit einzugreifen und dazu ist nötig, ständig gemeinsam in Fühlung zu stehen und an den Versammlungen und Beschlüssen teilzunehmen. Möge unser Appell an die Kollegen nicht vergebens sein, sondern dazu beitragen, ihr Pflichtgefühl etwas zu schärfen, damit von nun an auch alle Mann an Bord sind!

Solingen. Eine sehr gut besuchte Generalversammlung tagte am 12. Januar in unserem Vereinslokal. Aus dem ersten Tagesordnungspunkte, Vorstandsbericht, ist hervorzufehen, daß dieses verfloßene Jahr für uns ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. In diesem Frühjahr haben wir ja mit der hiesigen Innung einen neuen Tarif abgeschlossen und soweit könnten wir wohl zufrieden sein, wenn nicht von gewisser Seite immer noch gegen unseren Tarif verstoßen würde. Unsere Aufgabe wird es in diesem Jahre sein, gegen die tarifbrüchigen Meister mit aller Energie Front zu machen. Der Kassierer erlatete sodann den Kassenbericht und wurde ihm auf Antrag der Revisoren, welche die Kasse in bester Ordnung gefunden hatten, einstimmig Decharge erteilt. Bemerkenswert muß hierbei noch werden, daß in diesem Jahre 49 Kollegen sich in die Vereinigung aufnehmen ließen. Beim 3. Punkte wurde als Vorsitzender Chr. Spitzberg, als Kassierer H. Knuppert und als Schriftführer wurde der Kollege Joh. Groß gewählt. Erfreulich ist es, daß die Kollegen sich nicht mehr wie in früheren Jahren vor jedem Vorstandsposten zu brüden suchen, sondern es als Ehre ansehen, im Interesse der Vereinigung arbeiten zu können. Im „Verschiedenen“ wurde lebhaft debattiert, daß der Anstreichermeister Krapp noch immer Kollegen in Kost und Logis hat, trotzdem es nach dem Tarif verboten ist. Sollte unsere eingereichte Beschwerde beim Obermeister keinen Erfolg haben, so werden die hiesigen Kollegen stärkere Mittel in Anwendung zu bringen müssen. Zum Schluß wurde noch auf die bevorstehende Reichstagswahl aufmerksam gemacht und mit dem Versprechen, mit aller Kraft für unseren Kandidaten einzutreten, die Versammlung geschlossen.

Schweidniz. Die von uns verlangte Neuwahl des Gehilfenauschusses endete mit der Wahl unserer Kollegen und damit haben wir endlich auch einmal das Innungsstatut erhalten, das vor uns bis jetzt wie ein Geheimnis gehütet wurde. Dürrioser Weise hatte der Innungsvorstand zu der Wahl auch die Meister freundschaftshalber eingeladen. Als der bisherige Mitgeselle nach Vertagung von

Die Entwicklung der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen.

Wiederholt ist über den erfreulichen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in Rheinland-Westfalen berichtet worden. Es zeigt, wie auch im industriell höchst entwickelten Teile Deutschlands trotz aller skleralen und schärfmaderischen Gegenagitation, trotz der Tätigkeit der gelben Verbände die Arbeiterchaft mehr und mehr sich frei macht aus den Ueberlieferungen überkommener Ideologen und zum Klassenbewußtsein erstarkt. Es war ein lange gehegter Wunsch der Gewerkschaften wie der Parteikreise, einmal ein genaueres und zusammenfassendes Bild der Entwicklung in den letzten Jahren zu besitzen. Die Düsseldorf-Gewerkschaftskommission hat nun durch Umfragen ein schätzenswertes Material gesammelt und über dasselbe auf der Hagener Kartellkonferenz Bericht erstatten lassen. Die statistische Zusammenstellung, auf die wir uns im Nachstehenden stützen, rührt von dem Referenten Genossen Wallbrecht-Düsseldorf her. Die

Gesamtstatistik ergab folgendes Bild:

Table with 7 columns: Industrie-gruppe, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten, Zahl der Mitglieder, Zunahme, Beitrags-summe. Rows include Bergbau, Metallindustrie, Holzindustrie, Baugewerbe, Graph. Gewerbe, Textilindustrie, Lederindustrie, Bekleidungsind., Handels- u. Transportgewerbe, Sonstige.

Ein völlig getreues Bild gibt freilich auch diese Tabelle nicht. Es beruht dies darauf, daß einzelne Verwaltungen keine oder nur teilweise Angaben gemacht haben. Doch ist sicherlich die Wirklichkeit günstiger, als sie in vorstehender Tabelle erscheint.

Ueber die Entwicklung des Baugewerbes orientiert die folgende Uebersicht:

Table titled 'Baugewerbe' with columns for 'Ende 1903', 'Ende 1904', '1.7.05', '1.7.06', 'Zunahme', 'Ortsvereine'. Rows include Bauhilfs-arbeiter, Dachdecker, Glaser, Maler, Maurer, Steinarbeiter, Steinfeger, Stukkateure, Töpfer, Zimmerer.

Zu bemerken ist hier, daß die bei den Malern unter 1906 angegebene Differenz nicht die Gesamtzahl der in Rheinland-Westfalen Organisierten darstellt; hinzukommen noch

Fachschulen.

II.

Die Fachlehrer.

Wenn jemand einen Lehrling anleiten will, so verlangt die Gewerbeordnung von ihm, daß er mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden oder daß er mindestens fünf Jahre sein Handwerk persönlich und selbständig oder als Werkmeister usw. ausgeübt habe. Außerdem muß er mindestens 24 Jahre alt sein, muß die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und er darf außerdem keinem Mangel anderer Art haben, der in sittlicher Beziehung ihn nicht geeignet erscheinen läßt, Lehrlinge auszubilden. — Wenn jemand Schnaps oder Bier ausshänken will, muß er eine Konzession haben, wer Schornsteine feat, muß eine Konzession haben, ja, und wer Schutzmann werden will, muß eine gewisse Prüfung bestehen. Gar noch, wer sich darauf versteht, Zeichenlehrer oder Zeichenlehrerin zu werden. Es ist ganz ungeheuerlich, welchem Examen die unterworfen werden und das drockigste dabei ist, daß ein Zeichenlehrer nebenbei in der Regel auch noch das Examen ablegen muß, das ihn als Firmenschreiber befähigt zeigt.

Wer eine Privatschule aufmacht, kann Franz und Franz sein — ihn fragt niemand nach seiner Befähigung. Er muß nur mindestens soviel bares Geld haben, um zu inserieren, Prospekte drucken zu lassen und die Miete für das Schullokal auf ein Vierteljahr voraus zu bezahlen. Das andere findet sich und die jungen Leute, die an den ausgelegten Leimruten kleben bleiben, bringen bares Geld wieder ein. Wenn der Pinselhandel nicht recht flott gehen will, gründet der Pinselhändler eine Malchule und die Schüler kaufen ihm dabei auch noch seine Pinsel ab. Wenn die Malerpraxis nicht recht einträglich ist, wird flugs im Herbst eine Privatschule eröffnet und kein Mensch fragt darnach, ob der Inhaber auch nur einen Schimmer der Befähigung hat, die jungen Leute, die sich ihm anvertrauen, vorwärts zu bringen. Gelingt es ihm, wobei ihn irgend welche Umstände, günstige Lage des Ortes, Umfang der Reklame usw. mehr behilflich sind, als persönliche Tüchtigkeit, so kann er wohl seine eigene Unfähigkeit zum Teil wieder dadurch gut zu machen suchen, daß er einen Lehrer, d. h. einen guten Maler zur Hilfe nimmt. Freilich ist ein guter Maler noch kein guter Lehrer und im wesentlichen ist also der Lehrkörper seiner Privatschule noch immer nicht besser, auch wenn ein guter Maler dabei ist.

Es soll durchaus keine Reklame für staatliche oder städtische Schulen sein, wenn ich hervorhebe, daß eine solche Beschaffenheit des Lehrkörpers dort unmöglich ist. Wohl haben auch staatliche oder städtische Schulen hier und da noch aus früheren Zeiten übernommene Ladenhüter von

die in den beiden Provinzen Organisierten, die außerhalb des Bezirks wohnen. Ein genaues Bild über die Entwicklung unserer Organisation werden wir erst aus dem Bericht unseres Bezirksleiters entnehmen können.

Eine Abnahme haben 11 Organisationen (Zigarrenfortierer, Brauer, Handarbeiter, Böttcher, Handlungsgehilfen, Bergolber, Bildhauer, Formstecher, Kürschner, Graveure, Gutmacher) um 465 Mitglieder, die übrigen 41 Organisationen eine Zunahme zu verzeichnen, die insgesamt sich auf 28 758 beläuft, wie aus Tabelle I ersichtlich. Ueber die Mitgliederbewegung innerhalb der Verbände gibt folgende Zusammenstellung Auskunft, wobei die eingeklammerte die Zahl der Organisationen angibt, die auf diesen Punkt der Umfrage berichtet haben.

Table with 5 columns: Industrie-verbände, Aufnahmen, Ausgetretene, Zugeworrene, Abgetretene. Rows include Metallindustrie, Holzindustrie, Baugewerbe, Graph. Gewerbe, Textilindustrie, Lederindustrie, Bekleidungsind., Handels- u. Transportgewerbe, Sonstige, Gesamt, Organisationen.

Das Mehr der Abgetretenen über die Zugeworrenen beträgt also von Juli 1905 bis Juli 1906 in den angegebenen Berufen nicht weniger als 8660. Damit ist endgültig die Auffassung zerflört, als verbanke die rheinisch-westfälische Arbeiterbewegung ihren Aufschwung teilweise den aus anderen Gebieten zureisenden Organisierten. Die beiden Provinzen geben im Gegenteil an das übrige Deutschland an organisierten Arbeitern nahezu ein Drittel dessen mehr ab, als was ihnen von dort zufließt.

Die Zahl der Kartelle in Rheinland-Westfalen betrug 56, die Arbeitersekretariate 19 (Machen, Darnen, Bielefeld, Bochum, Grevel, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Herford, Lünen, Solingen, Köln, Oberhausen, Neblinghausen, Remscheid, Saarbrücken, Solingen).

Von Hirsch-Dünckerischen Ortsverbänden existieren in Rheinland-Westfalen 21 (Machen, Darnen, Bochum, Köln, Coblenz, Grevel, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Herford, Kalk, Lippstadt, Lünen, Mülheim a. Ruhr, M.-Gladbach, Münster, Paderborn, Plettenberg, Ruhrort, Schwelm, Witten). Arbeitersekretariate besitzen sie 5 (Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Ruhrort, Witten).

Die christlichen Gewerkschaften verfügen in beiden Provinzen über 33 Kartelle und 29 Sekretariate. Erstere befinden sich in Machen, Darnen, Bocholt, Bochum, Bonn, Köln, Coblenz, Grevel, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Herford, Kalk, Lippstadt, Lünen, Mülheim a. Ruhr, M.-Gladbach, Münster, Paderborn, Remscheid, Ruhrort, Schwelm, Solingen, Trier, Witten, die Arbeitersekretariate bestehen in Machen, Bochum, Bonn, Köln, Coblenz, Grevel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herford, Herne, Kreuznach, Lippstadt, Mülheim a. Ruhr, M.-Gladbach, Münster, Paderborn, Plettenberg, Remscheid, Ruhrort, St. Johann, Solingen, Trier, Witten.

Vertreten waren in 46 Kartellen 754 Ortsvereine mit (Ende 1905) 109 474 Mitgliedern. Die Zahl der Kartellbelegten betrug 1612. Es wurden unterhalten

weil sie nicht oder noch nicht pensionsreif sind und die nun so nachsichtig mitgenommen werden; ich könnte auch solche Lehrer für Dekorationsmalerei an einigen Schulen nennen. Aber im allgemeinen und bei Neubesehungen ist es ganz unmöglich, daß ein Fachmann ein Lehramt an einer staatlichen oder städtischen Schule ergattern kann, wenn er nicht das Zeug dazu hat.

Welch ein Unterschied zwischen den Lehrkräften der Kunstgewerbe- und Handwerker- und denen der Privatschulen besteht, das erhellt vielleicht schon aus nachfolgenden Gegenüberstellungen. Sie beziehen sich nämlich auf die angewandte Schrift. Wenn sich auch die Firmenschrift in großstädtischen Malergewerbe schon nahezu vollständig separiert hat, so geht sie doch die Dekorationsmalerei immer noch an und in kleineren Städten hat sie sich überhaupt noch nicht losgelöst. Und gerade aber die Schrift am Firmenschild und wo sie sonst immer sein mag, ist ein öffentliches Zeugnis für den kunstgewerblichen Grad des Malergewerbes. Freilich heute kein gutes Zeugnis und wenn man einen Tag darauf verlegt, einmal die Firmenschilder einer Stadt zu studieren, so begreift man, warum eine Firmenschilderindustrie entstehen konnte, die, wenn sie auch nicht immer künstlerisch vollwertige Arbeiten schuf, doch wenigstens in der Technik und im Duktus der Schrift einwandlos frei ist und dann vor allem auch, die alle die elenden orthographischen und grammatikalischen Dummheiten, die die Maler machen und über die sie sich ein lustiges und zugleich trauriges Buch schreiben ließe, nicht in solcher Menge verbreiten wird. Aber steht es schon damit mit den gemalten Firmenschildern fertig, so steht es noch schlimmer um den künstlerischen Charakter der Schrift. Ich habe schon früher das Schriftentwurfswesen im Malergewerbe gebührend markiert und gerade dieses Feld ist ein Vronnen der guten und bösen Beispiele, der sich nicht ausschöpfen läßt. Was liegt da näher, als wenn sich die Privatschulen ganz besonders mit der Pflege der Schrift befassen, durch die der Maler am meisten und am unmittelbarsten an die Öffentlichkeit tritt und ihr zeigt, wie es mit seinem Berufsinhalt beschaffen sei? Erwägungen solcher Art sind es wohl auch gewesen, die zu dem vom preussischen Handelsministerium veranstalteten Kursus für künstlerische Schrift geführt haben, der von Prof. Behrens in Düsseldorf geleitet wurde und der für die Lehrer an den Handwerker- und Kunstgewerbeschulen bestimmt war. An diesen Schulen begreift man also, welche Wichtigkeit der Schrift innewohnt, als Ausdruck der Kultur, als öffentliches Mittel im Dienste des geistigen Lebens, des Verkehrs, des Handels und aller Gewerbebetätigkeit.

Was aber ist in Privatschulen möglich? Daß ein

Zentralbibliotheken, 6 Besessimmer. Ferner bestanden 11 Gewerbeinspektionskommissionen, 14 Kommissionen für Kost- und Logiszwede, 29 Bauarbeiter-Schutzkommissionen, 11 Referentennachweise. Allgemeine Versammlungen wurden 1905 abgehalten 175, Berufsversammlungen 166. Die Gesamteinnahmen betrugen 208 537 M., die Gesamtausgaben 208 212 M. Auf die Gewerkschaften entfielen an Beiträgen 46 179 M., auf Sammlungen 104 107 M., auf sonstige Einnahmen 58 251 M. Für Agitation wurden ausgegeben 6744 M., für Wahlen 5879 M., für Gewerkschaftshäuser 22 731 M., für Sekretariate, Bibliotheken 27 462 M., an Streikunterstützung 110 482 M., für die Verwaltung 7809 M., für sonstige Zwecke 27 141 M.

Zweifelsfragen aus dem Gebiete der Arbeiter-versicherung.

A. Krankenversicherung.

1. Wird ein Mitglied im Wege der Krankenpflege im Krankenhause versorgt, dann haben dessen Angehörige Anspruch auf die Hälfte des Krankengeldes.

2. Als erwerbsunfähig krank im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes gilt auch der kranke Arbeiter, der die Arbeit einstellt, weil er sie unter einer nicht ganz unerheblichen Verschlimmerung der Krankheit nicht fortzusetzen vermag.

3. Gewerkschaftssekretäre sind nicht krankensicherungsspflichtig.

4. Mit der Einziehung zu militärischen Leistungen scheiden Mitglieder selbst dann aus der Klasse aus, wenn das Arbeitsverhältnis nicht gelöst wird. Es empfiehlt sich daher, um den Familienangehörigen in dieser Zeit die Unterstützung zu sichern und damit nicht Anrechte, die nur nach einer mehr oder weniger langen Karenzzeit erhoben werden können, event. verloren gehen, die Mitgliedschaft während der Leistungszeit freiwillig fortzusetzen.

5. Wird ein Klassenmitglied, das Angehörige hat, deren Unterhalt es bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, in einem Krankenhause untergebracht, so ist neben der freien Kur und Verpflegung die Hälfte des Krankengeldes für die Dauer der Anstaltsbehandlung zu zahlen. Die Zahlung kann unmittelbar an die Angehörigen erfolgen. Diese Bestimmung gilt für Betriebs- (Fabrik-), Bau-, Zunft-, Kranken-, Knappschaftskassen und solche Hilfskassen ohne Beitrittszwang, deren Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einer anderen organisierten Krankenkasse oder zur Gemeindefrankenversicherung befreit soll. 6. Ob der Versicherte während der Erkrankung seinen Lohn weiterbezieht oder nicht, ist für den Anspruch auf Krankenunterstützung unerheblich.

7. Der Krankenunterstützungsanspruch verjährt in zwei Jahren vom Tage der Entlassung an.

8. Ordnungsstrafen gegen Familienangehörige von Kassenmitgliedern sind unzulässig.

9. Ordnungsstrafen an Kassenmitglieder wegen Uebertretung der Krankenvorschriften verjähren erst in 30 Jahren.

B. Unfallversicherung.

1. Arbeiter und Arbeiterinnen, welche dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz unterstehen, haben, wenn sie einen Betriebsunfall erleiden und von einer Krankenkasse unterstügt werden, nach § 12 des G. U. V. G. vom Beginn der 5. Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der 13. Woche Anspruch auf erhöhtes Krankengeld. Das Krankengeld muß auf mindestens 2/3 des bei der Berechnung desselben zugrunde gelegten Arbeitslohnes erhöht werden. Den Mehrbetrag hat die Krankenkasse mit dem

Inhaber einer solchen Schule es fertig bringt, das schon einmal in den Druck gekommene Prospekt von fertig bezogenen Buchstaben wieder aufzuheben. Er bringt Buchstabenpausen in den Handel. Man denke also, fertig gezeichnete Buchstaben, die der Maler dann an Ort und Stelle mechanisch zusammenreißt und daraus ein öffentliches Schriftwerk macht. Ich spreche diesem Fachschulhaber jede Befähigung ab zur Führung einer Fachschule eben auf Grund dieses seines Unternehmens; er beweist damit, daß er gar keine Ahnung hat von dem, was die Dekorationsmalerei heute braucht, was sie zu ihrer Entwicklung nötig hat und daß er gar nicht begreift, welchen Streich gerade er durch seine Buchstabenpausen der möglichen kunstgewerblichen Potenz in der Dekorationsmalerei verfehlt, gerade er, der in seinen Prospekten das Maul am weitesten aufreißt, indem er sagt, das Lehrprinzip der Schule sei: „Gründliche künstlerische Ausbildung in jedem Fach für die Praxis durch flottes Zeichnen, sowie technisch raffiniert ausgeführte Arbeiten, im Schriftzeichnen und -malen sowie in allen Techniken des gesamten Gebietes der modernen Schildermalerei.“ Solche Leute sind wirklich die Totengräber der Dekorationsmalerei, weil es ihnen immer noch gelingt, in jedem Herbst einige junge Leute um sich zu sammeln, die nun diesen verkehrten Drill in die Praxis hinaustragen.

Was hier im speziellen über das Schriftwesen gesagt ist, das gilt natürlich auch für alle anderen Sparten des Fachschulunterrichtes. Von den Handwerker- und Kunstgewerbeschulen heißt es im Berichte des preussischen Landesgewerbeamts, daß es nötig geworden sei, erhöhte Aufmerksamkeit auf die Erlangung eines künstlerisch befähigten Lehrmaterials zu verwenden. „Dies trifft sowohl hinsichtlich einer sorgfältigeren Auswahl der neu berufenen Lehrkräfte zu als dafür, daß durch besondere Veranstaltungen die künstlerische Weiterbildung der vorhandenen Lehrkräfte versucht worden ist. Gerade in der Lehrerweiterbildung ist ein wichtiges Mittel gegeben, die innere Nichtigkeit des Lehrkörpers zu steigern.“ Es haben also Lehrerausbildungskurse stattgefunden. So z. B. in dem Jahre 1891—1902 Kurse im Pflanzenzeichnen bei Prof. Meurer in Rom, dem ersten Bahnbrecher der neueren Zeit im dekorativen Erkenner der Pflanzenformen. Weitere Kurse dieser Art sind abgehalten worden für Flachmusterentwerfer, Möbelenwerker, ferner, wie schon erwähnt, in der künstlerischen Schrift und ein ganz besonders wichtiger bei Alfred Rohrbutter im Farbenabstimmen. Außerdem standen den Lehrern an den Handwerker- und Kunstgewerbeschulen Kurse an höheren Lehranstalten offen, ferner Studienreisen usw. und nicht zuletzt auch war es ihre zugelassene praktische Arbeit, die ihnen weiterhalf.

Krankengeld zusammen auszusahlen, doch ist ihr die Differenz zwischen diesen $\frac{2}{3}$ und dem gesetzlich oder statutarisch zu gewährenden niedrigen Krankengeld von dem Unternehmer desjenigen Betriebes zu erzielen, in welchem der Unfall sich ereignet hat.

2. Ist der Verletzte in einem Krankenhause untergebracht und hat derselbe Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, so hat derselbe nach § 5 Abs. 9 U. V. G. Anspruch auf Unfallzuschuß insoweit, als das neben dem Krankenhauskosten gewährte Krankengeld $\frac{1}{2}$ des bei der Berechnung desselben zugrunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht.

3. Hat dagegen der in einem Krankenhause untergebrachte Verletzte solche Angehörige nicht, so hat er nur Anspruch auf Unfallzuschuß, wenn ihm nach dem Statut auch für diese Zeit ein Anspruch auf Krankengeld zusteht und dieses den Betrag von $\frac{1}{2}$ des bei der Berechnung desselben zugrunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht. Zahlt die Krankenkasse in diesem Falle kein Krankengeld, dann hat der Verletzte für die Zeit der Anstaltsbehandlung auch keinen Unfallzuschuß zu beanspruchen, denn die Gewährung des „Zuschusses“ hat stets, wie der Name schon erkennen läßt, Krankengeldbezug zur Voraussetzung.

4. Straßenreiniger haben überhaupt keinen Anspruch auf Unfallzuschuß, weil sie dem Bau-Unfallversicherungs-Gesetz unterliegen, in welchem diese Bestimmung fehlt.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Die Millionen deutscher Arbeiter wählen am 23. Jan. Sozialdemokraten! In der bekannten Silberhochzeit des deutschen Reichstages an die skrupellose Scharfmacherorganisation des Reichsverbandes muß selbstverständlich die „Arbeiterfürsorge“ des deutschen Reichs wieder herhalten, das sowohl für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter getan habe wie kein anderes Land und trotzdem hielten Millionen dieser Arbeiter, die die heftigsten der Welt leidet, zur Sozialdemokratie. Das Correspondenzblatt nimmt aus diesem Grunde Anlaß, einmal zu prüfen, wie es in Wirklichkeit mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des deutschen Reichs bestellt ist. Aus dem vergleichenden Zahlenmaterial in den Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Vereinigte Staaten, an der Hand stichhaltiger Tatsachen widerlegt es seine Behauptung und stellt fest, daß Deutschland im Gegenteil mehr als irgend ein Staat dafür gesorgt, das materielle und geistige Niveau seiner Arbeiter herabzudrücken, es den herrschenden Klassen zu opfern.

Wir haben vor wenigen Wochen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiterschaft damit in einen schroffen Gegensatz zur Regierung stellt und daß die gesamte Gegnerschaft nicht säumen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratische zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor aller Öffentlichkeit vertreten und selbst dann, als eben dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen uns zur Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, nicht bloß, weil die meisten unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild einer Interessenharmonie von Unternehmern und Arbeitern nachzugehen. In gleichem Sinne wurden ja auch schon christliche Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ bezeichnet, aber um seine Praxis nicht herumkommen. Sei es also drum. Wir werden den Maß der politischen Gemein-

Wie können die Privatmalkulen herabgerückt auch nur annähernd die gleichen Bedingungen zur Ausbildung bieten? Der Betrieb einer Privatmalkule ist vor allen Dingen kaufmännisch ausgerichtet und die Hauptsache sind die Lehrhonorare. Die Schule ist ein Geschäftsunternehmen. Um eine herauszugreifen: Die Wagbeurger Schablone- und Kautschukfabrik hat nicht weniger als folgende Abteilungen außer der Schablone- und Kautschukfabrik: Sublimmalergeschäft, Binsengeschäft, Papiergeschäft, Farberei mit elektrischem Betrieb, Farbenhandel, Zeichenutensiliengeschäft und — permanente Malkule!

Daß die Privatmalkulen in erster Linie von den Lehrhonoraren abhängen und daß aber mit steigender Schülerzahl ihre Rentabilität gar nicht zu berachten ist, das sagen schon die Honorare der Privatmalkulen deutlich genug. Die Privatmalkulen sind durchschnittlich vier- bis fünfmal so teuer als die staatlichen oder städtischen Malkulen. Das will gewiß etwas heißen. Um nicht während des Semesters über den Haufen geworfen zu werden, muß die Privatmalkule der Hölle ihrer Schüler sein, die für ihr Geld schnell etwas sehen wollen. Das Lehrprogramm der Privatmalkule, das in den Prospekten so verlockend aussieht, wird auf die Seite gedrängt und die Fachschüler verfallen sie mit eingetricktem Kenntnissen und mechanisch angelegten Kenntnissen, weil die Schule es ihrer Reputation schuldig war, solche raffinierte Resultate zu zeitigen und weil die Schüler für ihr erspartes Geld begreiflicherweise auch etwas lernen wollten, was ihnen in der Praxis förderlich ist.

Fürwahr, diese Schulen trifft eine schwere Schuld, daß es mit der Dekorationsmalerei so weit abwärts gehen konnte. Und man möchte fast wünschen, wenn es wieder aufwärts gehen soll, daß die Dekorationsmalerei von dem verderblichen Einfluß dieser Fachschulindustrie befreit werden möge. Dazu ist aber nötig, daß die, auf die es vor allem ankommt, auf die Schüler dieser Privatmalkulen, sich um diese Sache kümmern. Daß die, die Objekt der Ausbeutung durch die Fachschulindustrie waren oder — werden wollen, sich einmal fragen, ob nicht doch die Gelegenheit, die die staatlichen Schulen, zu denen die Allgemeinheit beisteuert, aus wirtschaftlichen, dann aber vor allem auch aus pädagogischen, im engeren Sinne, aus Nützlichkeitgründen für die Schüler selbst, vorzuziehen sei. Hebt sich die Frequenz der staatlichen oder städtischen Schulen durch die Maler, so wird es nicht schwer sein, auch bestimmte Wünsche in programmatischer Beziehung durchzusetzen, werden vor allem auch die dringend nötigen Lehrwerkstätten für Dekorationsmalerei zustande kommen.

Hugo Hillig.

der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren die Freundschaft in aller Form kündigen, so wird das auch noch zu verschmerzen sein. Was aber den Gegenstand zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeitereifrige Politik der Regierungen am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmittelerhöhung, der Verkümmern der Volksrechte, der Klassenjustiz und der Volksverdummung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Richtung zu wählen. Eine Regierung, die ein Anti-Gewerkschafts-Gesetz nach möglichem Mutter dem Reichstage vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im Paragrafenkampf mit Behörden und Gerichten auszubreien, — eine solche Regierung kann von der Arbeiterschaft kein Vertrauen fordern!

Dom Ausland.

Schweiz. Luzern. Der Platz Luzern ist strengstens gesperrt. Reisende Kollegen werden dringend ersucht, nicht nach hier zu kommen, da infolge der Bewegung für den neuen Tarif bereits Wertstellentonsliste ausgebrochen sind und 24 Kollegen sich im Auslande befinden. Sperrbrecher werden wie Streikbrecher behandelt.

Oesterreich. Der Vorsitzende unseres österr. Bruderverbandes, Kollege Maier, nimmt im „Dekorateur“ Stellung zur ev. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Er hat ein Regiment ausgearbeitet, zu dem der Verbandsvorstand erst Stellung nehmen wird. Findet der Vorschlag Anlaß, so wäre unbedingt bis März d. J. eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, die darüber Beschluß zu fassen hätte.

Kollege Maier nimmt an, daß ein volles Drittel der vollzahlenden Mitglieder die Unterstützung im weitesten Maße in Anspruch nehmen würde. Der Verband hat 3000 vollzahlende Mitglieder; davon wären 1200 im größten Ausmaße zu unterstützen. Wenn nun die Unterstützung durch 28 Tage mit einer Krone pro Tag, also 80 S., festgesetzt würde, so würde das im Jahre für den Verband eine Mehrausgabe von 28 Mal 1200 Kronen betragen, das ist eine Mehrausgabe von 28 Mal 1200 Kronen betragen, das ist eine Mehrausgabe von 33 600 Kronen. Diese Summe müßte nun in irgend einer Form aufgebracht werden. Um diese Summe aufzubringen, müßte der Mitgliedsbeitrag in den 35 Sommerwochen um 30 Heller pro Woche erhöht werden. Da auf dem letzten Verbandstag der Beitrag schon um 10 Heller erhöht wurde, schlägt er vor, die in der jetzigen Form bestehenden Agitationskommissionen wieder aufzuheben, so daß der Sommerbeitrag nur um 20 Heller erhöht zu werden brauchte.

Die Unterstützung soll in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. März gezahlt werden; während dieser Zeit aber jedem, ob er nun durch Krankheit oder durch Entlassung arbeitslos ist. Dadurch würden die Ausgaben für Krankenunterstützung in diesen Monaten ausfallen, ebenso würden die Kollegen, die sich auf der Reise befinden, diese Arbeitslosen-Unterstützung beziehen und dadurch die Reiseunterstützung aufgehoben werden. Die Unterstützung wäre demnach als eine Erwerblosenunterstützung gedacht. Jedes Verbandsmitglied, das durch zwei Jahre keine Beiträge in Oesterreich ordnungsmäßig gezahlt hat, soll Anspruch auf die Erwerblosenunterstützung haben und sie nach vierzehntägiger Erwerblosigkeit beziehen können. Die Dauer der Bezugsberechtigung könne auch nach der Länge der Mitgliedschaft geregelt werden, zum Beispiel: Nach zweijähriger Mitgliedschaft durch 20, nach dreijähriger durch 24, nach vierjähriger durch 28 Tage; dann wäre aber auch eine Erwerblosenunterstützung für die Zeit der Krankheit und dann in der Zeit der Erwerblosigkeit vorgesehen. Die Dauer der Unterstützung wäre demnach, immer weiter ausgebaut werden, jetzt geht es vor allem, einen Anfang zu machen und eine gesunde Grundlage zu schaffen, auf der dann weiter gebaut werden könne. — Wir werden unsere Kollegen über den weiteren Gang dieses Problems, das seit Jahren unsere Organisation schon beschäftigte, eingehend unterrichten.

Der erste Wahlsieg des Moskauer Zentralbureau der Gewerkschaften. Am 30. Dezember hat das Zentralbureau der Gewerkschaften in Moskau einen glänzenden Sieg errungen. Bei der Wahl der Vertreter von den Handwerkerarbeitern in die Kommission zur Regelung der Arbeitszeit und Sonntagsruhe (auf Grund des Gesetzes vom 28. Nov.) wurden alle 20 vom Zentralbureau aufgestellten Kandidaten mit erdrückender Mehrheit durchgebracht.

Holland. Der holländische Malerverband hielt wie alljährlich zu Weihnachten seine Jahresversammlung in Haag ab. Unsere Brudervereinigung wurde bekanntlich vor vier Jahren mit 473 Mitgliefern gegründet; jetzt beträgt die Mitgliederzahl über 1700, der Kassenbestand 5000 Gulden. Die Organisation ist dem N. B. v. B. (Niederländisch Verband der Arbeitervereinigungen) angeschlossen. Im Jahresbericht des Hauptvorstandes wird das vortreffliche Wirken der Krankenunterstützungsanstalten des Verbandes erwähnt sowie die in den Bewegungen des verfloffenen Jahres errungenen Erfolge (in Groningen, Delft, den Haag beträchtliche Lohnerhöhungen, in Groningen außerdem den Befristungsentscheid). Auf dem Gebiete der Bleiweißbekämpfung hat man erreicht, daß eine staatliche Kommission zur Prüfung der Frage eingeleitet wurde (in die aber kein einziger Arbeiter aufgenommen wurde), die jetzt umfangreiche Versuche mit Bleiweiß bekämpft. Auf der Jahresversammlung waren 21 Bahnhöfer durch 41 Delegierte vertreten. Die Tagung wurde ausschließlich der Beratung von inneren Organisationsfragen gewidmet. Unter anderem wurde beschlossen, das Verbandsorgan „De Schilder“, statt wie bisher einmal, zweimal im Monat erscheinen zu lassen, und einen zweiten besetzten Verbandssekretär anzustellen. — Der Verband wird den Redakteur des Fachblattes, den Kol. van den Tempel, nach unserer im April d. J. stattfindenden Generalversammlung in Leipzig entsenden, um über den Anschluß an die internationale Kartellorganisation zu beraten, der schon die Verbände von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz, Dänemark und Serbien angehören.

Verchiedenes.

Ein paar Zahlen zum Merken. Unsere Kolonien lasteten bis jetzt jedem Einwohner des deutschen Reiches 27 M. Sie brachten ein? Unsere Ausgaben für Meer und Lotte belaufen sich im Jahre 1907 auf 1088 Mill. Mark. Das macht im Durchschnitt auf die köstliche Familie 88 M. Die zur Deckung dieser Ausgaben hauptsächlich verwendeten 3511 und Verbrauchsabgaben werden im laufenden Jahre 967 Millionen Mark einbringen. Da diese „indirekten Steuern“ den Armen in gleicher Höhe treffen wie den Reichen, so belasten sie die köstliche Familie jährlich mit etwa 78 M. An Getreidezöllen allein hat jede Familie im Durchschnitt jährlich 12 M. aufzubringen. Das Brot wird ihr jedoch verteuert durch die Getreidezölle (da auch die einheimischen Getreideproduzenten ihre Preise entsprechend erhöhen) um 50 M. Die Salzsteuer trifft jede Familie mit 5,50 M. jährlich. Die gleichfalls in erster Linie für militärische Zwecke eingegangene Reichsschuld betrug am 1. April 1905 pro Kopf der Bevölkerung 56,82 M. Hierzu treten die Landesschulden in Höhe von 852 M. Da Pfund Rindfleisch, das im September 1906 in Deutschland infolge der hohen Eingangszölle und der Grenzsperrn einen Preis von 84 S. hatte, kostete zu gleicher Zeit in Holland 62, in England 48—55, in Rußland 83, in Nordamerika 42 und in Mexiko 30 S. Gegenüber dem Jahre 1901 sind unsere einheimischen Fleischpreise gestiegen: für Rindfleisch um 10 S. pro Pfund, für Schweinefleisch um 16 S., für Kalbfleisch um 17 und für Hammelfleisch um 12 S. Von 100 lebend geborenen Kindern starben im ersten Jahre nach einer 20jährigen Beobachtung in Esfurt; in den anderen Städten 8,9, in den mittleren 17,3, den ärmeren 30,5 und von den unehelichen 35,2. In Hamburg sterben jährlich an Tuberkulose von 10 000 Lebenden; in den Familien mit 25 000—50 000 M. Einkommen 22,1, in den Familien mit 900—1200 M. Einkommen 65,7. Von den ca. 17 1/2 Millionen in gewerblichen und landwirtschaftlichen versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigten Personen erlitten im Jahre 1904: 538 964 gleich 3 Proz. entschädigungs-pflichtige Unfälle. Die Zahl der tödlichen Verunglückungen in dem genannten Jahre betrug 7924. In Preußen hatten im Jahre 1905: 20 474 257 Personen gleich 58 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen von nicht mehr als 900 M. Dagegen hatten 9019 Personen gleich 0,02 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen von über 100 000 M.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches am 1. Dez. 1905 nach Größenzahl, Wachstum und Dichte. Nach den vom Kaiserl. Statistischen Amt im 4. Heft der Vierteljahresschäfte zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlichten ersten endgültigen Ergebnissen betrug die ortsaufweisende Bevölkerung des Deutschen Reichs am 1. Dezember 1905: 60 641 278 Einwohner. Davon entfielen auf das männliche Geschlecht 29 884 681 Personen, während das weibliche Geschlecht 30 756 597 zählte, so daß auf je 100 Männer 102,9 Frauen kamen. Gegenüber den bereits veröffentlichten Zahlen, die als vorläufige Ergebnisse bezeichnet waren, bedeutet die endgültige Ziffer ein Mehr von 36 095 Personen. Demnach ist die Bevölkerung 1900 um 4 274 100 Personen oder 7,58 v. H. gewachsen. Diese Zunahme setzt sich zusammen aus der natürlichen Bevölkerungszunahme, dem Ueberfluß der Geburten über die Todesfälle in dem Zeitraum vom 1. Dezember 1900 bis zum 30. November 1905 und aus einem Wanderungsgewinn von 52 307 Personen. Ein solcher — und zwar größerer — Gewinn durch Wanderung hatte sich schon 1900 (nämlich 94 125 Personen) herausgestellt, während vor dem Jahrfrist 1895 bis 1900 stets Wanderungsverluste zu verzeichnen waren. Im Vergleich zu der vorletzten Zählungsperiode, die den höchsten bis dahin erreichten Grad des Wachstums aufwies, hat die Zuwachsstärke ein wenig nachgelassen, doch überragt sie erheblich die Wachstumskraft aller Jahrfristen vor 1895 und beträgt auch über das Doppelte der meistigen Zunahme, die sich in der Zeit von 1866 bis 1871 zeigte. Die Fläche des Reichs betrug am 1. Dezember 1905 542 078,8 Quadratkilometer. Das Jahr 1905 ist mehr, als 1900 angegeben worden sind, doch beruht dieses Mehr nicht auf Gebietsveränderung, sondern auf neueren genaueren Feststellungen (hauptsächlich der Fläche der Provinz Ostpreußen). Ergab sich 1900 im Durchschnitt eine Bevölkerungsdichte von 104,2 Einwohnern auf jedes Quadratkilometer des Reichs, so zeigt sich 1905 wiederum eine bedeutende Steigerung der Dichtigkeit. Sie beträgt jetzt 111,9 Einwohner auf 1 qkm. Für das deutsche Postgebiet beläuft sich die Bevölkerung auf 60 871 554 Einwohner. Davon entfielen auf das Großherzogtum Luxemburg 246 455 Köpfe. Die Zollauslässe zählten zusammen 17 588 Personen.

Literarisches.

Neue Wahlbrochüren sind in der Buchhandlung Vorwärts erschienen: Das verbotene Blatt. Einzelpreis 5 S., 100 Exemplare 1 M. Das neue Anebelgesetz gegen die Gewerkschaften. Enthält die Verhandlungen des Reichstages über den „Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine“ nebst dem Entwurf des Gesetzes, der Begründung und einer kritischen Betrachtung desselben. Preis 75 S. Womit man vor Sozialdemokraten gränlich macht. Ein Mahnwort an die Reichstagswähler. Enthält die landläufigsten Widerlegungen der gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe. Preis 10 S. Winke für die Reichstagswähler. Ein unentbehrliches Schriftchen für jeden bei der Wahltagung tätigen Genossen. Einzelpreis 10 S. Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht. Zugleich ein Wegweiser für die Reichstagswähler. Neue, durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 30 S.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, erschienen und ist durch sämtliche Parteibuchhandlungen zum Preise von 2 M. für das gebundene, 1,50 M. für das broschurierte Exemplar zu beziehen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die Armee und ihr Budget. — Die Kolonialpolitik. — Die Reichsfinanzwirtschaft. — Die Besteuerung des Brauntweins. — Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. — Bergarbeitergesetzgebung. — Landarbeiter. — Futurwesen. — Handelsverträge. — Die Parteien des Reichstages. — Das Reichstagswahlrecht. — Winke für die Agitation.

Führer durch das Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Zugleich ein Ratgeber in gewerblichen Streitigkeiten. Preis 25 S. (mit Porto 28 S.). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.